

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1909

101 (6.5.1909) 1. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Fräulein Engel, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich 2,70. An der Geschäftsstelle oder den Abolagen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und abgeholt Nr. 325, durch den Briefträger ins Haus gebracht, Nr. 327 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Beilagen:
„Stern und Blumen“
 Einmal wöchentlich; das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt
„Blätter für den Familiendienst“
 Zweimal wöchentlich; das vierseitige Unterhaltungsblatt

Anzeigen: Die sechspaltige Beilage oder deren Raum 25 Pfg., Restanten 60 Pfg. Anzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechende Rabatte. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Vermittlungsstellen an.
 Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden).
 Erscheinungstage der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.

Rotationsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia“ in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.

Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: J. Theodor Meyer; für Ausland, Nachrichten und den allgemeinen Teil: Franz Bahler; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe.

Verantwortlich für Anzeigen und Restanten: Hermann Bahler in Karlsruhe.

„Die Fessel der romanisch-ultramontanen Dogmen“

hat es der „Bad. Landesztg.“ angetan. Sie bringt in Nr. 203 eine Besprechung des Buches des neuesten Zentrumstheoretikers namens Zimmermann. Das Buch führt den Titel „Das Zentrum, Entstehung, Wesen und politische Tätigkeit“. Wie wir der Besprechung entnehmen, enthält es keine neuen Gesichtspunkte, sondern schleift sich auf den alten antikulturnationalen Proben, die Hoensbroech und andere längst zu Tode geritten haben, dahin. Unter anderem macht das Buch dem Zentrum den Vorwurf „vollständiger Grundlosigkeit“ und führt als klassischen Beleg dafür u. a. einen Kölner „katholischen Jungliberalen“ an. Schon das ist lächerlich und muß jeden überzeugen — von dem Geist des Buches. Nicht den geringsten Zweifel, wie die Sache gemeint ist, gibt es aber mehr, wenn die „Bad. Ztg.“ folgende Stelle aus dem Buch anführt:

„Wer die Agitation des Zentrums und die Voraussetzungen seiner Erfolge kennt, ist sich darüber vollkommen klar, daß der Kampf gegen das Zentrum nicht ein im gewöhnlichen Wortsinne politischer Kampf sein kann. Wie jedes Kind stets ein „Wie“ fand, den Weg ins Feld zu nehmen, so hat das Zentrum seinen Wählern gegenüber als letzte Beschwörung immer die Räte oder die Güte des katholischen Glaubens bei der Hand. Sogar im letzten Wahlkampf mobilisierte es seine Wähler mit dem „Wie“ (Kreuzesfahne hoch!) und gerade dieser letzte Wahlkampf lieferte auch den Beweis, wenn ein solcher noch nötig war, daß das Zentrum mit politischer Auffassung nicht zu bekämpfen ist: kein Zentrumswahlkreis ist von anderen Parteien erobert worden. Das Fundament des Zentrumstums besteht in der Autorität des ultramontanen Klerus, und nicht eher wird das Zentrum zerbrechen, bis wir uns von dem Gift ultramontaner Kulturanschauungen befreit haben. Darum muß der Kampf gegen das Zentrum ein Kulturkampf sein; nicht im Sinne jenes Kampfes gegen das Zentrum, der es groß gemacht hat, sondern ein Kulturkampf um die Wissenschaft, wie ihn Schöberl im Jahre 1901 auf der katholischen Versammlung in Osnabrück proklamierte. Nur wenn eine jener Reformen, die in großen Intervallen das Dogmengefäß der katholischen Kirche erschüttern, sich einmal mit elementarem Gewalt durchsetzt und nationale Kulturbestrebungen innerhalb der katholischen Kirche die Fessel der romanisch-ultramontanen Dogmen sprengen, nur dann wird auch die deutsche Kultur vom Ultramontanismus, die deutsche politische Welt vom Zentrum geteilt. Bis jetzt sind die Anstrengungen dafür gering genug. Die nur langsame Entwicklung der „Deutschen Vereinigung“ (der Nationalen Katholiken) und der säkularisierten Arbeiterbewegung sind Beweise aus weiteren Tagen. Umso mehr heißt es auf der Wacht stehen — und so muß der Kampf gegen das Zentrum auch ein politischer sein —, daß nicht das Zentrum wieder parlamentarische Macht gewinnt und sie mißbraucht, um der Ultramontanen den Weg zur Zurückdrängung des Zentrums von den letzten Vorteilen an den parlamentarischen Geschäften zu ermöglichen, sich nicht mehr kulturelle Konzeptionen zu erzwängen vermögen.“

Den Gewinn aus dem letzten Wahlkampf gilt es im jeden Preis festzuhalten. Umfassend genug ist die Epoche, aus der wir lernen können, welcher Nutzen deutscher Kultur aus dem Wahlen einer Partei erwächst, die zu Unrecht das deutsche Zentrum genannt wird. Zentrum und Deutschland sind sich ausführenden Gegenstände (was sich natürlich nicht auf jeden einzelnen Anhänger des Zentrums beziehen muß. Die Red.) Das Zentrum als ultramontan-katholische Partei war nie deutsch und kann ebenso wenig je deutsch werden, wie deutsches und ultramontanes Kulturideal einander gleich sind.“

bereits spricht man ja auch in jenem Lager von protestantischen Ultramontanen d. h. solchen, die ebenfalls noch an die übernatürlichen Offenbarungen festhalten und an eine feststehende übernatürliche Wahrheit glauben. Wir danken der „Bad. Ztg.“ dafür, daß sie das wieder einmal offen und ehrlich bestätigt hat. Die Zentrumspresse im ganzen Land sei auf dieses Gesandnis der „Bad. Ztg.“ aufmerksam gemacht. Das muß den nationalliberalen Blättern und Politikern entgegengehalten werden, wenn sie es für unwahr erklären, daß die nationalliberale Partei Kirche und Religion bekämpft. Hier hat man den besten Beweis dafür, daß der Nationalliberalismus ein Interesse hat am Kampf gegen die katholische Kirche und gegen jedes positive Christentum.

Deutschland.

Berlin, 6. Mai 1909.
 * **Erzbischof Dr. v. Stein** und die Presse. Die „Münch. N. N.“ Nr. 202 vom 1. Mai schreiben: „Während man im erzbischöflichen Palais freudig jede kleine Verbesserung im Verhalten Dr. v. Steins konstatiert und immer noch zu hoffen wagt, der Bischof am Leben zu erhalten, macht sich die liberale Presse mit dem ihr eigenen Talte bereits daran, den Lebensgang des kranken Erzbischofs zu schildern und aus seiner Lebensarbeit das Fazit zu ziehen: „Verge vergesse und Lärer ausfüllen konnte Erzbischof Dr. v. Stein nicht.“ — So schreiben die „Berliner“ Hüter der katholischen Gefühle an dem Krankenlager eines von ihnen oft gekränkten Kirchenfürsten. Doch sich auch Dr. Wickers Leiblatt an diesen Leidenredern für einen Lebenden beteiligt, berührt besonders peinlich, da ja von Papian der Nachfolger Dr. v. Steins kommen soll.“

Zufällig hatten einige Zentrumblätter während der Krankheit des nunmehr Verstorbenen geschrieben: „Verge vergesse und Lärer ausfüllen konnte Erzbischof Dr. Stein nicht.“ Dem menschlichen Willen und der natürlichen Macht erwidert zur Bemerkung, aber die Wirklichkeit des Erzbischofs vollzog sich im Gleichmaß eines gewissenhaft und unabhängig auf das geistige Wohl des Volkes und das Gelingen der Kirche achtenden, erleuchteten, auf Gott gerichteten, unermüdeten tätigen Geistes. Diese Empfindungen aus Anlaß der schweren Erkrankung des Erzbischofs zum Ausdruck zu bringen und die Teilnahme des Volkes zu wecken, ist der Zweck dieser Darstellung. Gott schätze den erkrankten Erzbischof!“

Das nennt das Münchener liberale Blatt einen Reflekt und andere liberale Blätter drucken es ihm nach. Wenn man übrigens von Taktlosigkeit sprechen will, so war es ohne Zweifel taktlos von dem in Sachen des Taltes allerdings etwas berühmten Blatt, zu behaupten, daß Erzbischof von dessen Nachfolger zu sprechen!

„Falls bis zu den Pfingstferien des Reichstages die Ausichten der Finanzreform sich nicht in der vom Reichskanzler wiederholt gekennzeichneten Richtung geklärt haben, wird die Reichsregierung die Entlassungsgesuche einreichen.“ So lautet eine Zeitungskorrespondenz, in der man zweifellos amtlichen Informationen begegnet. Dazu bemerkt der N-Weekender der „Zf. Ztg.“: Man braucht mit den letzten Ausichten des Fürsten Bülow gar nicht vertraut zu sein und kann sich doch ohne weiteres sagen, daß die Dinge sich so entwickeln können, oder noch mehr, daß sie sich so entwickeln werden. Wenn sich in den nächsten drei Wochen — es ist sogar der äußerste Termin — nicht die Möglichkeit zeigt, die Finanzreform mit einer Vesigsteuer von etwa 100 Millionen zustande zu bringen, dann bleibt Bülow gar nichts anderes übrig, als den Kaiser um seine Entlassung zu bitten.

Die herrliche Wodara wird in dem liberalen Wochblatt in Köln a. Rh., d. h. in der „Köln. Ztg.“ Nr. 464 folgendermaßen geschildert: „Keine Partei traut der anderen, jede Partei stellt bei der Abstimmung und bei den durch ihre Vertreter gehaltenen Reden den tatsächlichen Standpunkt in den Vordergrund. Jedes Gesetz wird als ein einzelnes behandelt und dadurch im Laufe der Verhandlungen so gefaltet, daß es als Stück der ganzen Reform, die nur durch eine zu ihrer Vollendung entschlossenen Mehrheit im Wege des Kompromisses erreicht werden kann, unbrauchbar wird. Die augenblicklichen Verhandlungen der Kommission sind zwecklos. Sie stellen lediglich den Reichstag und die Reichsregierung vor dem deutschen Volke und das deutsche Volk vor dem Auslande bloß, wenn sie in dieser zweck- und ziellosen, eines großen ein Lebensfrage für Deutschland darstellenden Gesetzes unwürdigen Weise fortgesetzt werden.“

Das ist der Erfolg der Politik, welche der Reichskanzler am 13. Dezember 1906 einleitete. So wird dieser Erfolg in einem liberalen Wochblatt geschildert. „Majestät tun nichts für mich.“ Der Berliner Mitarbeiter des „Frankfurter Kuriers“ schreibt seinem Blatt: „In konservativen Kreisen erzählt man, Fürst Bülow habe vor einer Reihe von Wochen dem Kaiser gegenüber die Bitte ausgesprochen, von seinem Amt zurücktreten zu dürfen, worauf der Kaiser erwidert habe, er dürfe ihn jetzt nicht verlassen, er müsse unbedingt die Reichsfinanzreform noch zustande bringen. Der Kaiser habe dabei keine Verwunderung ausgeprochen, daß die Reichsfinanzreform nicht vom Fied komme, worauf Fürst Bülow erwidert habe: „Majestät können sich darüber nicht wundern, Majestät tun nichts für mich; allgemein gilt meine Stellung als

erschüttert.“ Infolgedessen habe sich nach langer Zeit der Kaiser wieder zur Tafel beim Fürsten Bülow ansetzen lassen und dann auch, wie in früherer Zeit, wieder Vorträge im Reichskanzlerpalast entgegengenommen, um die Meinung zu gerieren, als ob er die Vorgänge im November innerlich noch nicht überwunden habe. ... An eine Auflösung des Reichstages denkt die Regierung nicht, weil sie befürchtet, eine Schwächung des konservativen Verhältnisses im Reichstag könnte für sie selbst verhängnisvoll werden bei späteren Militär- und Marineforderungen; es wird deswegen in konservativen Kreisen angenommen, daß Fürst Bülow, auch wenn er wollte, vom Kaiser nicht die Genehmigung zu einer neuen Auflösung des Reichstages erhalten würde.“

○ **Von den Beratungen des weiteren Ausschusses der konservativen Partei**, die bekanntlich am Freitag stattfanden und mit der Annahme der von uns mitgeteilten Entschlüsse endeten, wissen die „Dresdener Nachr.“ einige Einzelheiten zu erzählern, obwohl die Verhandlungen vertraulich waren, ebenso die „Leipziger Neue Nachr.“ Nach den Mitteilungen dieser beiden Blätter haben die fünf sächsischen Mitglieder des weiteren Ausschusses, Geh. Hofrat Dr. v. Scharner, Stadtrat Liebow, Geh. Rat Dr. Wagnert, Geh. Rat Dittig und Abg. Dr. Wagner gegen den Punkt 1 der Entschlüsse gestimmt, in dem gesagt war: „Der weitere Ausschuss der konservativen Partei stellt hinsichtlich der Reichsfinanzreform auf dem Boden der Beschlüsse des engeren Ausschusses vom 22. April.“ Sämtliche sächsischen Mitglieder und außerdem Staatsminister Graf Eulenburg sollen sich bei dem Punkte 2 der Abstimmung enthalten haben. In diesem Punkte wird der konservativen Fraktion des Reichstages, vor allem ihren berühmten Führer, Herrn v. Normann, Dank und Anerkennung ausgesprochen für die korrekte und entschlossene Vertretung des konservativen Standpunktes in der Frage der Reichsfinanzreform. Dazu meint die „Deutsche Tageszeitung“: „Diese Stimmhaltung ist dann doch einigermaßen bedenklich und bedauerlich. Unseres Erachtens hätten auch die Freunde der Erbverfallsteuer die „korrekte und entschlossene“ Vertretung des konservativen Standpunktes durch die konservative Fraktion des Reichstages und ihren berühmten Führer Herrn v. Normann anerkennen können und anerkennen müssen. Es ist unseres Erachtens ein Novum in der Parteigeschichte, daß ein Abgeordneter, der selbst der Fraktion angehört, sich der Abstimmung enthält, wenn der Fraktion und dem Fraktionsführer Dank und Anerkennung ausgesprochen werden soll.“ Uns kommt dieses Verhalten gar nicht überraschend; denn Abg. Wagner ist eben mehr Wodmann als Konservativer; er ist in der Wodara gewählt und hält darum an dieser fest.

Die **Dresdener sozialdemokratischen Konsumvereine** betreffend, brachten wir vor einigen Tagen eine Notiz, die namentlich in sozialdemokratischen Blättern als unrichtig bezeichnet wird. Da die Angaben aus einer Korrespondenz stammten, sind wir augenblicklich nicht in der Lage, die Sache nachzuprüfen.

Ausland.

Holland.
 — Die Prinzessin. Die von der Königin persönlich bittende Note über die Namen der Prinzessin lautet: „Prinzessin Juliana, Ihre königliche Hoheit Juliana, Louise, Emma, Marie, Wilhelmina, Prinzessin von Oranien-Nassau, Herzogin zu Mecklenburg usw. ist heute in die Bevölkerungslisten eingeschrieben worden. Aus diesen Namen geht hervor, daß die junge Prinzessin genannt ist nach ihren beiden Großmüttern Ihrer Majestät der Königin-Mutter und Ihrer königlichen Hoheit der Großherzogin Marie von Mecklenburg und nach ihrer Mutter. Es war die Absicht des königlichen Elternpaares durch Hinzufügung des Namens Louise, zu Ehren der Louise von Calzig, das Gedächtnis der Gemahlin Wilhelms des Schwagers zu ehren. Außerdem wird die Prinzessin als Aufnahmen den Namen Juliana tragen zu Ehren der hochlebenden und vortrefflichen Mutter der Stammväter beider Zweige des Hauses Oranien-Nassau, Gräfin Juliana von Nassau geborene Gräfin von Stolberg.“

Haag, 5. Mai. Bei der jungen Prinzessin Juliana übernahmen Patenstelle die Königin-Mutter der Niederlande, die Großherzogin von Baden, die Großherzogin-Witwe Marie von Mecklenburg-Schwerin, die Mutter des Prinzen Heinrich, die Fürstin-Mutter zu Wied, die Prinzessin Mathilde von Schwarzburg-Rudolstadt, die Großmutter des Prinzen Heinrich, die Fürstin zu Erbach-Schönberg, die jüngere Schwester der Königin-Mutter, der Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg-Schwerin, der Regent von Braunschweig und der Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg-Schwerin. — In der Ersten und Zweiten Kammer standen die an die Königin anlässlich der Geburt der Kronprinzessin abzugebenden Glückwunschkarten auf der Tagesordnung und fanden Aufnahme.

Frankreich.
 ○ **Eine zweite Auflage des Postbeamtenstreiks.** Aus Paris wird vom 5. d. M. gemeldet: Eine Anzahl Postbeamten hielt gestern eine Versammlung ab, um die Möglichkeit eines zweiten Aufstandes ins Auge zu fassen, als Antwort auf die Maßnahmen der Regierung gegen die Beamten. Zahlreiche Reden wurden gehalten und schließlich eine Tagesordnung angenommen, worin die Postbeamten sich mit ihren übrigen Kollegen solidarisch erklären und beschließen, auf die Drohung der Regierung mit einem zweiten Aufstande zu antworten. Aus der Tagesordnung wird noch hinzugefügt, daß diesmal die Postbeamten den Aufstand bis zur Erlangung vollständiger Genugtuung durchzuführen werden. — Auch in Lyon hielten die Postbeamten eine Versammlung ab, in welcher beschlossen wurde, dieselben Maßnahmen zu ergreifen, wie sie in Paris beschlossen worden sind.

○ **Ein Attentat auf einen Kreuzer.** Nach einer Newyorker Meldung des „Bett. Pariser“ hat man an Bord des Kreuzers „Salem“ zwischen den Turbinen eine Schraubenmutter gefunden. Man will Anlaß haben zu glauben, daß es sich um einen Attentatsversuch handelt. Eine strenge Untersuchung ist eingeleitet.

○ **Das russische Kaiserpaar.** „Echo de Paris“ meldet: Der russische Marineattaché in Paris habe dem Seeprefekten von Bresl, de la Perrière, mitgeteilt, daß die Nacht „Polaris“ mit dem russischen Kaiserpaar an Bord im Juli im Hafen von Bresl einlaufen dürfte. Der Kaiser und die Kaiserin würden nicht an Land kommen. Der Präjekt der Republik wird sich voraussichtlich nach Bresl begeben, um das russische Kaiserpaar zu begrüßen. Die Empfänge werden an Bord der Nacht „Polaris“ und auf den französischen Kriegsschiffen stattfinden.

○ **Seemannsüber mit Unterseebooten.** Aus London wird vom 5. d. M. gemeldet: Bei dem gefrigen Seemannsüber hat die Unterseeboots-Flottille, wie die Blätter melden, sich in hervorragender Weise an der Küstenverteidigung beteiligt. Im Falle eines wirklichen Angriffes würden nach den Schilderungen der Blätter mehrere Schiffe durch Korpedos der Unterseeboote außer Gefecht gesetzt werden sein.

Schlechte Lieferungen der französischen Waffenfabrik Creusot.

— Paris, 5. Mai. Die Entdeckungen des Marineuntersuchungsausschusses haben auf die Lieferungen der Gesellschaft Schneider-Creusot ein sehr schlechtes Licht geworfen und die Befehlshaber eine strafrechtliche Verfolgung in Aussicht gestellt. Die Folgen sind für die französische Industrie sehr schwer. Bereits sollen mehrere fremde Staaten, darunter Spanien, Russland und Italien, welche in Frankreich Geschützwerke bestellt hatten, diese Bestellungen zurückgezogen haben. Der französische Gesandte in Sofia begab sich gestern auf Urlaub. Seine Abreise noch vor Ueberreichung der neuen Akkreditive wird mit dem Skandal-Affäre der Waffenfabrik Schneider-Creusot in Zusammenhang gebracht, nachdem die bulgarische Regierung wegen der Abnahme weiterer noch ausstehender Lieferungen der genannten Fabrik Schwierigkeiten gemacht hat.

Spanien.

— Die spanischen Munizipalwahlen werden — wie man dem „Luzerner Vaterland“ schreibt — natürlich wieder als ein Sieg des liberalen Blocks gerieten. Es ist wohl wahr, daß in Madrid, Valencia, Barcelona und Granada, wie auch in einigen anderen größeren Städten Republikaner und Sozialisten erfolgreich waren; doch sind das keine Gewinne, denn alle die genannten Städte haben nur wenige Einwohner der höheren und mittleren Klassen. Die Konservativen haben ihre Gewinne auch nicht bei den extremen Linksparteien gemacht, mit denen sie den Endkampf zu führen haben, sondern bei den Liberalen, die sie in beiläufig 80 größeren Orten verdrängt haben. Die Liberalen büßen beim Senat mindestens zehn Sitze ein zugunsten der Konservativen, da die Gemeinderäte gemeinsam mit den Provinzialräten das Wahlkollegium für den Senat bilden. Noch ein anderer Erfolg wurde erreicht: die insofanten Spanier, die nicht gerne wählen, wurden an die Urne gezwungen. Dennoch wird der Staat etwa 500 000 Pesetas Strafen für Wahlenthaltung eingieken.

Ungarn.

— **Bewilligung einer Verfassung in Persien.** Gestern ist eine vom Schah unterzeichnete Proklamation veröffentlicht worden, welche bekannt gibt, der Schah habe eine Verfassung bewilligt, da das konstitutionelle Regime allein imstande sei, die Ordnung wieder herzustellen. Die Wahlen sollen bis zum 19. Juli vollzogen werden, an welchem Tage, wie man erwartet, das Parlament zusammentreten will. Aus Teheran wird vom 5. d. M. gemeldet: Der Endschick wurde telegraphisch von der Verleihung der Verfassung in Kenntnis gesetzt. Zum ersten Male seit zwei Jahren wurde hier der Geburtstag des Schahs gefeiert. Heute vormittag wurde Salut geschossen; die Stadt war abends illuminiert.

